



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen



Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksache / Bremische Bürgerschaft, Landtag 14. Wahlperiode, 1995-1996

22.10.1997 - Drucksache 14/804

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Mitteilung des Senats vom 22. Oktober 1997**Ausbildungsplatzoffensive für Bremen und Bremerhaven**

Auf Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU vom 12. Juni 1997 hatte die Bürgerschaft (Landtag) am 10. Juli 1997 folgenden Beschluß gefaßt:

„Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, die Umsetzung folgender Maßnahmen so einzuleiten oder zu initiieren, daß sie noch für das Ausbildungsjahr 1997/98 durch mindestens 500 zusätzliche Ausbildungsplätze wirksam und sichtbar werden:

1. Nutzung aller gemeldeten Ausbildungsplätze
 - Einrichtung von Clearing-Stellen bei Handwerks- und Handelskammer,
 - weitere ABM-Förderung sogenannter Ausbildungsstellenwerber,
 - zügige Eintragung abgeschlossener Ausbildungsverträge.
2. Mobilisierung zusätzlicher Ausbildungsplätze
 - gemeinsamer Appell an alle Betriebe im Lande Bremen,
 - gezielte Ansprache von Betrieben, die noch nie ausgebildet haben oder nicht mehr ausbilden durch die Bürgermeister und Präsides der Kammern, um zusätzliche Ausbildungsplätze in Verantwortung der Wirtschaft zu mobilisieren.
3. Verstärkte Information durch die Kammern über neue oder neu geordnete Ausbildungsberufe.
4. Unterstützung von Ausbildungsverbünden
 - verstärkte Information und Beratung über Förderprogramme des Senators für Arbeit und des Magistrats der Stadt Bremerhaven,
 - Hilfestellung bei der Entwicklung von Ausbildungsverbünden,
 - Bereitstellung von notwendigen Fördermitteln durch den Senator für Arbeit.
5. Weitere schulische und außerbetriebliche Angebote
 - Nutzung von Kapazitäten in den beruflichen Schulen,
 - Entwicklung außerbetrieblicher Ausbildungsprojekte.
6. Bereitstellung zusätzlicher Ausbildungsplätze im öffentlichen Dienst
 - entsprechend dem Senatsbeschluß vom 25. März 1997 ist zu prüfen, ob über die bereits beschlossenen 100 zusätzlichen Ausbildungsplätze hinaus weitere Ausbildungsplätze im öffentlichen Dienst geschaffen werden können.
7. Fortsetzung der Berufsausbildung von Auszubildenden der Vulkan-Werft Vegesack
 - Entwicklung einer Auffanglösung für 29 Auszubildende ab 1. September 1997.

8. Ausbildungsbetriebe von Kammergebühren entlasten

- Die Bürgerschaft (Landtag) appelliert an die Kammern, vorhandene positive Beispiele zur finanziellen Entlastung von Ausbildungsbetrieben (Erlaß oder Ermäßigung bei Prüfungs- und Eintragungsgebühren) möglichst auszuweiten.

9. Bessere schulische Vorbereitung auf die Berufswahl und -ausbildung

- verstärkte Vermittlung von Grundqualifikationen in Deutsch, Mathematik und Fremdsprachen mit dem Ziel der Verringerung des Anteils von Schulabgängern ohne Abschluß,
- verstärkte Einführung und Beratung zur Berufswahl, Berufsausbildung und Arbeitswelt in den Schulen.

10. Flexibilisierung und Neuorganisation des Berufsschulunterrichts im Land Bremen

- optimale Nutzung der zur Verfügung stehenden Ausbildungszeit durch eine abgestimmte Organisation der Ausbildung und des Berufsschulunterrichts,
- Zulassung neuer Organisationsmodelle des Berufsschulunterrichts, wenn es dadurch zu einer Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze kommt (entsprechend der Aussage befragter Betriebe vom Januar 1997, „bei Einführung betriebsfreundlicherer Organisation des Berufsschulunterrichts 182 zusätzliche Plätze in Bremen und 72 in Bremerhaven zu schaffen“).

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, ihr zu Beginn des Ausbildungsjahres 1997/98 einen Bericht über das Ergebnis der Ausbildungsplatzoffensive sowie die Zahl der unversorgten Jugendlichen und nicht besetzten Ausbildungsplätze in Bremen und Bremerhaven nach dem Stand vom 30. September 1997 vorzulegen und im Zusammenhang damit gegebenenfalls weitere Vorschläge zur Stabilisierung und Weiterentwicklung der dualen Ausbildung zu entwickeln.“

Der Senat berichtet wie folgt:

Bericht über das Ergebnis der Ausbildungsplatzoffensive

Unter Beteiligung der Senatoren für Bildung, Wissenschaft, Kunst und Sport, für Arbeit und für Wirtschaft, Mittelstand, Technologie und Europaangelegenheiten ist es auch in diesem Jahr gelungen, sich in Gesprächen mit Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen, den Kammern und der Arbeitsverwaltung auf eine gemeinsame Ausbildungsplatzoffensive zu verständigen. Vor dem Hintergrund der erneut gestiegenen Bewerberzahlen und insgesamt rückläufiger Ausbildungsstellen sahen alle Beteiligten zusätzlichen Handlungsbedarf.

Durch die gemeinsame Verpflichtung der Sozialpartner, Kammern und Arbeitsämter zur Werbung und Unterstützung für zusätzliche Ausbildungsplätze konnten sowohl im dualen wie im vollschulischen Bereich weitere Ausbildungsplätze geschaffen werden.

Zu 1.

Die Handelskammer Bremen, die Handwerkskammer Bremen und die Industrie- und Handelskammer Bremerhaven haben im Rahmen der Verhandlungen über ein Bündnis für Ausbildung erklärt, daß Clearing-Stellen nicht notwendig seien. Es würden bei ihnen zusätzliche Ausbildungsstellenwerber angesiedelt. Diese Stellen würden über die bisherige ABM-Förderung hinaus gefördert. Abgeschlossene Ausbildungsverträge würden zügig gemeldet und eingetragen.

Zu 2.

In einer gemeinsamen Erklärung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen und Kammern im Lande Bremen, des Magistrats der Stadt Bremerhaven und der Landesregierung Bremen vom 19. September 1997 zu einem „Bremer und Bremerhavener Bündnis für Ausbildung“ wird an alle Betriebe appelliert, ihre Ausbildungsanstrengungen nochmals zu verstärken. Die beiden Bürgermeister und die Präsidien der Wirtschaftsorganisationen haben sich außerdem mit gezielten Ansprachen an Unternehmen dafür eingesetzt, zusätzliche Ausbildungsplätze in der Verantwortung der Wirtschaft zu mobilisieren.

Zu 3.

Die Kammern informieren die Betriebe durch ihre Ausbildungsberater und durch die Veranstaltung von Seminaren über neue und modernisierte Berufsbilder und zeigen sich in der praktischen Ausübung alljährlich auf der Berufsorientierungsbörse und auf dem regional von den Schulen veranstalteten „Markt der Berufe“.

Zu 4.

Die Information und Beratung über die Förderprogramme des Senators für Arbeit und des Magistrats der Stadt Bremerhaven sind verstärkt worden. Bei der Entwicklung von Ausbildungsverbünden wurde eine umfassende Hilfestellung angeboten. So hat der Senator für Arbeit z. B. an der Vorbereitung des vom Arbeitsamt Bremen initiierten Ausbildungsverbundes Stadtwerke Bremen/Bundeswehr mitgewirkt, der voraussichtlich mit zehn Plätzen in neu geordneten gewerblich-technischen Berufen im nächsten Ausbildungsjahr 1998/99 beginnen wird.

Mit finanzieller Unterstützung des Senators für Arbeit ist in Bremerhaven eine Ausbildungsverbund GmbH zur Absicherung von 20 betrieblichen Ausbildungsplätzen gegründet worden.

Das Förderprogramm des Senators für Arbeit wird fortgesetzt. Es hat im Ausbildungsjahr 1997/98 zusätzlich 25 betriebliche Ausbildungsplätze im Verbund bewirkt.

In die Ausbildungsverbünde können, als zeitlich begrenzte Maßnahme, unterstützend auch schulische, außer- und überbetriebliche Träger einbezogen und die notwendigen Mittel bereitgestellt werden.

Zu 5.

Vollqualifizierende Ausbildungsplätze sind keine Alternative zum dualen System. Sie dürfen betriebliche Ausbildungsplätze nicht verdrängen oder ersetzen, sondern sind ausschließlich ein zeitlich begrenztes Angebot für Jugendliche, die keinen betrieblichen Ausbildungsplatz erhalten haben.

Der Senat hat jedoch am 7. Oktober 1997 angesichts des in diesem Ausbildungsjahr besonders großen Ausbildungsplatzdefizits beschlossen, in Bremen 322 vollschulische Ausbildungsplätze in der Berufsfachschule mit berufsqualifizierendem Abschluß (BFS/q) und in der Berufsfachschule (BFS) sowie in Bremerhaven 52 Plätze in der BFS/q zusätzlich einzurichten. Hierfür hat der Senat in den Haushaltsjahren 1997 bis 2001 ca. 1,9 Mio. DM zusätzlich bereitgestellt.

Zu 6.

Entsprechend dem Beschluß des Senats vom 8. Juli 1997 wurden noch weitere 50 Ausbildungsplätze geschaffen. Dies sind Stellen in gewerblich-technischen und kaufmännisch-verwaltenden Berufen. Davon wurden zehn Plätze beim Magistrat der Stadt Bremerhaven eingerichtet.

Zu 7.

Für 29 Auszubildende der Vulkan-Werft Vegesack, die zunächst nicht von anderen Betrieben übernommen werden konnten, hat der Senat ab 1. September 1997 außerbetrieblich eine Auffanglösung geschaffen. Träger ist der Förderverein der Berufsschule für Metalltechnik Bremen, Reiherstraße. Fünf Auszubildende sind inzwischen in eine betriebliche Ausbildung gewechselt, ein Auszubildender ist nachträglich hinzugekommen, so daß die Gruppe derzeit aus 25 Jugendlichen besteht.

Die dem Land Bremen hierdurch entstandenen Kosten betragen 632 580,00 DM und verteilen sich auf die Haushaltsjahre 1997 bis 2000.

Zu 8.

In dem Verzicht auf Eintragungs- und Prüfungsgebühren sehen die Kammern keine zusätzliche Motivation, auszubilden, weil diese Leistungen im Verhältnis zu den Gesamtkosten einer Berufsausbildung nicht ins Gewicht fielen. Ergänzend weist die Handelskammer Bremen noch darauf hin, daß das Gebührenaufkommen bei ihr nur 32 % der Gesamtkosten betrage, während bei den anderen Kammern die Eintragungs- und Prüfungskosten durch die Gebühren voll abgedeckt werden könnten.

Zu 9.

Die Vermittlung von Grundqualifikationen in Deutsch, Mathematik und Fremdsprachen wird verstärkt und die Hinführung und Beratung zur Berufs- und Arbeitswelt verbessert. Der Senat stellt den Haupt- und Realschulen im 9. und 10. Jahrgang bei der Personalzuweisung zusätzliche Unterrichtsstunden zur Verfügung. Die Schulen erhalten den Auftrag, je eine Wochenstunde pro Klasse Förderangebote zur Stärkung der Grundfertigkeiten bereitzustellen, an denen die Schülerinnen und Schüler teilnehmen müssen. Die Schulen erhalten einen Orientierungsrahmen für die inhaltliche und methodische Gestaltung, um die Wirksamkeit dieser Maßnahme zu verbessern. Dafür werden 210 Wochenstunden im Sonderbedarf bereitgestellt. Der Anteil von Schulabgängern ohne Abschluß soll damit verringert werden.

Außerdem erhalten die Berufsschulen zusätzlich 100 Stunden zugewiesen, um im Rahmen der individuellen Förderung Defizite ausgleichen zu können.

Zu 10.

Im Berufsschulunterricht werden in enger Abstimmung mit den Betrieben neue flexible Organisationsmodelle praktiziert, die auch branchenspezifische Besonderheiten hinreichend berücksichtigen. Damit soll unter Berücksichtigung der schulischen und betrieblichen Erfordernisse die Anwesenheitszeit der Auszubildenden in den Betrieben optimiert werden.

Bei der Bevorzugung verschiedener Organisationsformen der Teilverblockung soll die maximale Obergrenze von acht Stunden pro Tag ausgeschöpft werden, wobei die gleichmäßige Verteilung auf zwei Wochentage möglichst vermieden werden soll. Bei durchgehendem Blockunterricht von weniger als 30 Stunden pro Woche soll — auch kurzfristig — der Unterricht auf vier Tage in der Woche verteilt werden. Die so entstehende unterrichtsfreie Zeit steht — auch vorübergehend — den Betrieben zur Nutzung für die betriebliche Ausbildung zur Verfügung.

Der Senat wird weiter prüfen, ob eine Organisation des Berufsschulunterrichts je nach Bedürfnissen der ausbildenden Betriebe/Branchen dergestalt möglich ist, daß im zweiten Berufsschuljahr lediglich ein Berufsschultag eingerichtet wird.

Zahl der unversorgten Jugendlichen und nicht besetzten Ausbildungsplätze in Bremen und Bremerhaven nach dem Stand vom 30. September 1997

Die Berufsberatungsstatistik der Arbeitsämter Bremen und Bremerhaven ergibt für die beiden Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven in dem Zeitraum 1. Oktober 1996 bis 30. September 1997 gegenüber dem Vorjahreszeitraum (Veränderung in % in Klammern) folgendes Bild:

Region	Berufsausbildungsstellen		Bewerber für Berufsausbildungsstellen	
	gemeldet seit Beginn des Berichtsjahres	unbesetzt	gemeldet seit Beginn des Berichtsjahres	noch nicht vermittelt
Bremen	4519 (— 3,8)	113 (— 45,4)	5102 (+ 9,9)	589 (+ 36,6)
Bremerhaven	1257 (+ 0,6)	30 (+ 11,1)	1374 (+ 6,0)	80 (— 15,1)

Nach den vorläufigen Angaben der zuständigen Stellen (Kammern) liegt derzeit die Zahl der für das Ausbildungsjahr 1997/98 neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge mit rund 5430 auf Vorjahresniveau. Das endgültige Ergebnis wird am 15. November 1997 vorliegen.

Weitere Vorschläge zur Stabilisierung und Weiterentwicklung der dualen Ausbildung

Der Senat sieht in der Wirtschaftsstrukturpolitik im Sinne des Sanierungsprogrammes für das Land Bremen den wichtigsten Ansatz auch für eine verbesserte Situation auf dem Ausbildungsstellenmarkt und konzentriert deshalb seine Bemühungen hierauf.

Der Senat wird sich auf Bundesebene verstärkt für die weitere Modernisierung der Ausbildungsberufe einsetzen.

Der Senat wird auch weiterhin die Einrichtung von Ausbildungsverbünden aktiv unterstützen und fördern.

Der Senat erwartet jedoch auch, daß sich die o. g. Maßnahmen auf die Ausbildungssituation im Lande Bremen positiv auswirken.